



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung:

Schrodi zu Putins Krieg in der Ukraine: „Wir handeln klar und besonnen“

Olching, den 03.03.2022

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Kaum einer hat es für möglich gehalten, doch seit einer Woche ist es Realität: In Europa herrscht Krieg. Einzig und allein verantwortlich dafür ist der russische Präsident Putin, der mit seinem militärischen Überfall auf einen souveränen Nachbarstaat der ukrainischen Bevölkerung unfassbares Leid zufügt. Ein Ende dieses barbarischen Akts ist derzeit nicht in Sicht.

Auch hier im Landkreis machen sich viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen. Diesen Menschen möchte ich versichern: Sie sind nicht allein. Auch mich sorgen die täglichen Nachrichten aus der Ukraine sehr. Wichtig ist in diesen Tagen aber auch, dass wir klar und besonnen handeln. Wir dürfen den Mut und den Willen zur Veränderung nicht verlieren. Die tapferen Bürgerinnen und Bürger der Ukraine brauchen uns nun mehr denn je. Ebenso stehen wir fest an der Seite der russischen Bevölkerung, die nun auf die Straße geht, um gegen den Krieg zu demonstrieren und die dabei ihre eigene Sicherheit und Freiheit riskiert. Es ist Putins Krieg.

Einen besonderen Beitrag haben auch die Menschen hier vor Ort geleistet. Innerhalb kürzester Zeit schlossen sich viele Hilfsbereite zusammen, um Spenden jeglicher Art für die Opfer des Kriegs zu sammeln. Ihnen allen bin ich von Herzen dankbar. Sie haben gezeigt, dass die Menschen in Europa eng zusammenstehen, wenn es darauf ankommt.

Diese außergewöhnliche Lage ist eine Zäsur in der europäischen Sicherheitsordnung – sie stellt eine Zeitenwende dar. Bundeskanzler Olaf Scholz und die Regierungskoalition aus SPD, Bündnis 90/Grüne und FDP haben deshalb schnell gehandelt. Das Ziel



muss sein, Putin und seine engsten Vertrauten gezielt die geballte Ge- und Entschlossenheit des Westens spüren zu lassen.

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass die Sanktionen, die Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Kabinett gemeinsam mit unseren westlichen Verbündeten beschlossen haben, nun bereits greifen. Mit dem SWIFT-Ausschluss Russlands und der Sanktionierung der russischen Zentralbank wurden hier die schärfsten Schwerter gezogen. Aus Kiew kam neben den wirtschaftlichen Sanktionen auch immer wieder der Ruf nach militärischer Unterstützung. Deutschland stellt hier 1000 Panzerabwehrwaffen und 500 Boden-Luft-Raketen zur Verfügung. Ebenfalls beschlossen wurde die Lieferung von 2700 Flugabwehrraketen. Darüber hinaus wurde der Weg freigemacht für die Lieferung von mehreren Haubitzen aus DDR-Beständen, die sich zurzeit in Estland befinden.

Zugleich wird die Ostflanke der NATO gestärkt. Um dieser Verlässlichkeit Taten folgen zu lassen, hat der Bundeskanzler in der letzten Regierungserklärung das Sondervermögen „Bundeswehr“ mit einem Etat von 100 Milliarden Euro angekündigt. Die Finanzmittel sollen dazu dienen, die Bundeswehr besser für ihre Bündnisaufgaben auszurüsten.

Wichtig ist mir hierbei zu betonen, dass durch diesen großen finanziellen Kraftakt keines der Projekte, die sich die Regierung mit dem Koalitionsvertrag vorgenommen hat, gefährdet ist. Somit steht genug Geld bereit, um wichtige Themen wie Klimaschutz, Wohnungsbau, Digitalisierung oder die Kindergrundsicherung voranzutreiben. Durch das Sondervermögen bleibt der Kernhaushalt, aus dem diese Vorhaben finanziert werden, unangetastet.

Festhalten möchte ich auch: Die Energiesicherheit ist gewährleistet. Für die Zukunft werden wir uns im Bereich Energie breiter aufstellen. Die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ist jedoch nicht die richtige Antwort auf die Energiekrise. Die Atomenergie ist aufgrund ihrer schweren Regelbarkeit systemisch betrachtet schlechter mit einem wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien kompatibel als etwa Gas. Und vor allem: Sie hilft nicht beim Heizen! Wir werden nun erst recht auf einen verstärkten und beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen, da dies die nachhaltigste und auch kostengünstigste Form der Energiegewinnung ist. Hier ist auch der Freistaat Bayern gefragt, der den



Ausbau der Erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren gebremst hat. Dafür ist es auch wichtig, dass wir Planungen und Genehmigungen massiv beschleunigen.

Neben all den richtigen Schritten, die jetzt vollzogen werden, bleibt das grundsätzliche Ziel der sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik – wie sie bereits Willy Brandt mit seinem Wandel durch Annäherung geprägt hat – den Frieden in der Welt durch Diplomatie und Abrüstung zu erreichen. Aktuell geht es in erster Linie jedoch darum, schnellstmöglich einen Waffenstillstand zu erarbeiten und so noch mehr Leid vom ukrainischen Volk fernzuhalten. Gemeinsam mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz werde ich mich dafür einsetzen.